Beratungsfolge Vorlage ist für alle hier angegebenen Sitzungen bestimmt	Sitzungstermin
Ausschuss für Soziales, Integration und Generationen	12.06.2024

Sachstand Bezahlkarte für Flüchtlinge

Beschlussvorschlag:

Der SIGA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Wer als Geflüchteter in Deutschland Schutz sucht und sich seinen Lebensunterhalt nicht selbst sichern kann, hat Anspruch auf Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**. Das kann bisher schon in Form von Sachleistungen, Bargeld oder auch Wertgutscheinen geschehen. Künftig soll als Möglichkeit die Bezahlkarte eingeführt werden. Auf diese Bezahlkarte kann die Geldsumme, die Geflüchteten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusteht, als Guthaben gebucht werden.

Damit es in Deutschland einheitliche Rahmenbedingungen gibt, um eine solche Bezahlkarte einzuführen, hat nach einer ausführlichen Beratung im Bundestag dieser das Gesetz am 12.04.2024 verabschiedet. Der Bundesrat hat sich am 26.04.2024 mit dem im Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen befasst und das Gesetz gebilligt.

Vorgesehen ist, dass künftig die Bezahlkarte ausdrücklich als Leistungsform in das Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen wird. Gleichzeitig wird ihre Einsatzmöglichkeit erweitert. Das heißt, künftig können alle Geflüchteten – egal wie sie untergebracht sind – die ihnen zustehenden Leistungen per Bezahlkarte erhalten.

Bislang sollten Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, vorrangig Sachleistungen (z.B. Unterkunft) erhalten. Menschen, die außerhalb von Gemeinschaftseinrichtungen leben, wiederum vorrangig Bargeld. Vorrangig bedeutet, dass diese Art der Unterstützung zwar die erste Wahl ist, aber auch andere Leistungsformen möglich sind.

Die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte obliegt den einzelnen Bundesländern. Diese haben sich bereits auf Mindeststandards verständigt und ein Ausschreibungsverfahren zur Einführung der Bezahlkarte gestartet. Wieviel Geld in einem bestimmten Zeitraum mit der Bezahlkarte abgehoben werden kann oder ob das überhaupt möglich ist, ist nach bisherigem Kenntnisstand (Ende 04/24) unklar.

Außerdem soll die auszahlende Behörde selbst entscheiden können, wann der Einsatz einer Bezahlkarte nicht zweckmäßig erscheint. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn Asylbewerberinnen und Asylbewerber Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Ausbildungsvergütung oder BAföG auf ein eigenes Girokonto erhalten. In diesem Fall könnte es sinnvoller sein, die aufstockenden Asylbewerberleistungen auf dieses Konto zu überweisen anstatt auf die Bezahlkarte.

Inwieweit das Land NRW von den weitläufigen Möglichkeiten Gebrauch macht und für welchen Personenkreis die Bezahlkarte eingeführt wird, ist noch offen. Nach Auskunft des Städte- und Gemeindebundes befindet man sich gerade mit dem Land NRW in der Klärung der noch offenen Fragen, um ein einheitliches System in NRW einzuführen. In einem Schreiben vom 18.04.2024 an den Chef der Staatskanzlei begrüßt das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete. Es fordert die landesweite verbindliche und gleichmäßige Einführung in NRW und eine Kostenerstattung des Landes. Bei der Ausgestaltung der Bezahlkarte auf Landesebene müsse es Einschränkungen der Auszahlung von Bargeld an Geldautomaten und in Geschäften geben, um Steuerungseffekte zu erzielen. Auf Beschränkungen auf den lokalen Einzelhandel einer Kommune sowie auf bestimmte Sortimentsgruppen sollte verzichtet werden.

Das Präsidium führt weiter aus, dass die Erstaussstellung der Bezahlkarten im Regelfall bei neuankommenden Flüchtlingen durch das Land erfolgen solle. Für bereits etablierte Auszahlungsverfahren zwischen der Leistungsbehörde und den Leistungsbeziehenden solle aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ein Bestandsschutz bestehen.

Sollte es so sein, dass zunächst nur neu zugewiesene Flüchtlinge und Asylbewerber mit der Bezahlkarte ausgestattet werden, so ist der Aufwand für die Kommunen in NRW relativ gering, da die Bezahlkarte sodann in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen ausgegeben werden müsste.

Die Verwaltung wird den SIGA zu diesem Thema auf dem Laufenden halten.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Haan ist von dieser Vorlage nicht betroffen.